



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Januar 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 774 Anfrage Meyer Jörg und Mit. über das Service-Portal Luzern und E-Government im Allgemeinen / Finanzdepartement

Die Anfrage A 774 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Jörg Meyer hält an der Dringlichkeit fest.

Jörg Meyer: Erinnern Sie sich noch an 1986? Ich nicht. 1986 startete im Bayrischen Rundfunk eine sehr erfolgreiche Serie: «Pleiten, Pech und Pannen». Wir hatten im Kanton Luzern in der Vergangenheit diverse Probleme, Stichwort «neue Steuersoftware», Stichwort «Abbruch von eduSTAR» und Software an den Berufsschulen mit Kosten von 700 000 Franken. Wir haben gehört, dass wir bei der Software für die Volksschulen, Educase, in einer ganz schwierigen Situation sind. Wir mussten auch vernehmen, dass wir uns ebenfalls beim sogenannten «Service Portal» an einem sehr kritischen Punkt befinden. Die Begleitung dieses digitalen Wandels, dieser tiefgreifenden, kostspieligen und auch anspruchsvollen und komplexen Informatikprojekte, benötigt auch eine politische Begleitung, wenn wir unseren Auftrag wahrnehmen wollen. Dieses aussergewöhnlich hohe Gewicht rechtfertigt aus meiner Sicht hier und auch beim Vorstoss von Urs Brücker eine Dringlichkeit. Es sind die Gemeinden und letztlich alle Bürgerinnen und Bürger betroffen, und wir haben bei der E-ID-Abstimmung gesehen, was für solche Projekte die unabdingbare Voraussetzung ist, nämlich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat, dass wir solche Projekte erfolgreich führen können. Wir sind im Kanton Luzern an einem kritischen Punkt, ob noch genügend Vertrauen herrscht, um solche anspruchsvollen Projekte miteinander zu führen. Aus diesem Grund ist es unser Auftrag als Parlament, hier wohlwollend, aber kritisch zu begleiten. Deshalb bitte ich Sie alle auch im Namen der Gemeinden, der Dringlichkeit stattzugeben. Falls Sie dem Antrag der Regierung folgen, wäre es aus meiner Sicht angezeigt, dass die Regierung eine umgehende Traktandierung im März vornehmen würde und wir hier nicht in eine unendliche Warteschleife versetzt werden.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen den Gemeinden und dem Kanton Luzern im Zusammenhang mit E-Government stammt aus dem Jahr 2010. Das Projekt wird noch viele Jahre dauern. Kantonsrat Jörg Meyer hat gesagt, die Projekte seien anspruchsvoll. Ja, das ist so, aber das ist kein Dringlichkeitskriterium. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Diese Fragen ertragen definitiv Aufschub.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 74 zu 32 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.